

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug. Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto. Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibundstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 2. Januar 1932

Nummer 1

Vom alten zum neuen Jahr!

Ein Jahr beispiellosen wirtschaftlichen Niedergangs liegt hinter uns. Zahllose Industrie- und Bankzusammenbrüche bezeichnen den Weg weltkapitalistischer Mißwirtschaft. Das schon vorhandene millionenfache Arbeitslosenehend verstärkte sich katastrophal in den meisten Ländern. Die phantastischen Tribut- und Schuldlasten bedrohen den Wirtschafts- und Handelsapparat der Kulturstaaten mit völligem Verfall. Auf allen produktiv Schaffenden lasten heute erst mit ganzer Schwere die Folgen jenes wahnsinnigen Vernichtungskrieges, der von einem verfallenden Wirtschaftssystem zu seiner eignen Stützung entfesselt wurde. Und nur unendlich langsam bricht sich mit den furchtbaren Wirkungen auch die Erkenntnis der Ursachen des ganzen Weltelends und ihrer notwendigen Beseitigung Bahn.

Die deutsche Arbeiterschaft im besondern hat ein Maß von Opfern auf sich nehmen müssen, das nicht mehr gesteigert werden kann. Die gesellschaftliche Arbeit hat — um mit einem Schlichterwort zu reden — ihren Sinn verloren, wenn dieser Opferweg der Arbeitenden noch steiniger gestaltet werden sollte. Deshalb sei nach dem letzten tiefen staatlichen Eingriff in die Wirtschafts-, Lohn- und Sozialpolitik laut und vernehmlich unsere Forderung an die Regierenden gerichtet: Macht halt auf dem Wege der weiteren Belastung der Armen — ihre Leistungskraft und ihre Geduld sind erschöpft!

Die deutschen Gewerkschaften — und mit ihnen unser Verband — stehen am Schluß des Jahres 1931 vor einer schweren Verlustbilanz. Angeheure Anforderungen wurden an die finanziellen Kräfte der Organisation gestellt, mit denen die Beitragsleistung der noch Arbeitenden bei geschwächter Einkommenskraft und trotz höchstmöglicher Belastung nicht mehr Schritt halten konnte. Aber ein erfreuliches Zeichen in der verschärften Not ist die Aufrechterhaltung des Zusammenhalts im Verbands der Deutschen Buchdrucker. Von Mitgliederrückgang bisher fast unberührt, muß und wird die alte Kraft des Verbandes auch fernerhin ungebrochen erhalten bleiben. Was in der Not zusammensteht, das kann kein Feind bestegen!

Wie auch die nächste Zukunft sich gestalten möge, so bleibe auch im neuen Jahre unser oberster Grundsatz die Erhaltung der Geschlossenheit und die Zusammenfassung sämtlicher Kräfte der Arbeiterbewegung zu gemeinsamer Abwehr aller auf ihre Vernichtung gerichteten gegnerischen Bestrebungen.

Dank allen Mitgliedern und Funktionären, die in Aufopferung und Pflichttreue für die Interessen der Organisation ihr Bestes gegeben haben. Treue um Treue, die Reihen noch enger geschlossen und wieder aufwärts in kommenden Tagen, das sei unser Wunsch und unsre Parole für das Jahr 1932!

Berlin, 31. Dezember 1931.

Der Verbandsvorstand

Wirtschaftspolitische Rückblick

Obwohl es keine besondere Freude macht, aber dennoch dem besseren Verständnis für den ungeheuren Umfang unsrer gewerkschaftlichen Kulturaufgaben dienen kann, stellen wir dem Anfang unsrer Arbeit im neuen Jahr folgenden kurz gefaßten Rückblick auf allgemeine wirtschaftspolitische Merkmale des Jahres 1931 voran.

Die Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung weist nach, daß bisher jede Krise nur durch einen radikalen Preisabbau überwunden wurde. Mit der Senkung der Lebenshaltungskosten steigerte sich das Realeinkommen der arbeitenden Massen und damit ihre Kaufkraft. Auf diese Weise erhielt die Konjunktur neue Auftriebsmöglichkeiten. Das Lebenshaltungsniveau erhöhte sich und gestattete die Erweiterung der gewohnten Bedürfnisse. Diesen Mechanismus der kapitalistischen Wirtschaft hat die Monopolschicht der Kartelle unwirksam gemacht. Nicht genug damit, richtet der Kapitalismus immer neue Vorstöße gegen die Arbeits- und Lohnbedingungen der Arbeiterschaft sowie gegen ihre sozialen Errungenschaften zu dem Zweck, deren Lebensgrundlagen herabzubrechen. Er kann diese Vorstöße um so leichter unternehmen, als er in der von ihm großzügigsten faschistischen Bewegung eine jederzeit willfährige Hilfstruppe zur Verfügung hat, die der Arbeiterschaft in den Rücken zu fallen bereit ist. Die Notverordnungspolitik der Reichsregierung hat durch die wiederholten Lohn- und Gehaltsentzügen, durch die vorgenommenen Eingriffe in das Arbeits- und Tarifrecht sowie durch die Verschlechterungen der sozialen Versicherungsleistungen die reaktionären und arbeiterfeindlichen

Bestrebungen der Unternehmer weitgehend unterstützt. Geschwächt durch die Krise und die unheilvolle Zersplitterung der Arbeiterbewegung, konnten die Gewerkschaften den kapitalistischen Angriffen auf die Lebenshaltung der Arbeiter nicht den Widerstand entgegensetzen, der zu ihrer völligen Abwehr erforderlich war. Sie mußten sich darauf beschränken, das Schlimmste zu verhüten.

Die ersten Wellen des Lohn- und Gehaltsabbaues gingen über die Arbeiterschaft hinweg, ohne daß der von der Reichsregierung als Auslöser versprochene Preisabbau im Haushalt der Massen fühlbar in Erscheinung trat. Dennoch scheuten sich die Unternehmer nicht, weitere Lohn- und Gehaltsabbauforderungen zu erheben, desgleichen ihre Angriffe gegen die sozialen Sicherungen des Arbeitsrechtes, die Unabdingbarkeit und Verbindlichmachung der Tarifverträge, die Leistungen der Sozialversicherung und ganz besonders der Arbeitslosenversicherung zu verschärfen. Gleich ihnen waren die Agrarier bestrebt, die Lebensmittelpreise zu erhöhen. Die Reichsregierung kam den Unternehmern- und Agrarierforderungen sehr weit entgegen. Besonders in der dritten Reichsnotverordnung schloß es an jeder vertretbaren Wirtschaftspolitik, die als krisenmildernd angesehen werden konnte. Von einer gerechten Lastenverteilung war nichts zu verspüren. Das Dreiklassenystem der Krisensteuer brachte den Unternehmern eine erhebliche Entlastung, für die das Stichwort „Förderung der Kapitalbildung“ als Entschuldigung dienen sollte.

Die Erwartung der Regierung, durch ihre Zugeständnisse eine Abnahme der Kapitalflucht zu erreichen, beantworteten die Unternehmer mit einem neuen Ansturm auf die Devisen der Reichsbank. Als Antwort auf die An-

stände an die Landwirtschaft stellten die Agrarier weitere Forderungen. Für die Arbeiter hatte sie nur weitere Belastungen! Der durch die Notverordnung herbeigeführte Einbruch in das Tarifrecht der öffentlichen Arbeiter diente als Signal zu einer neuen Lohnabbauaktion, sie entblößte die Arbeitslosenversicherung von jeglichen Reichsmitteln und schuf für die Förderung der Gewerkschaften nach Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Wochenstunden, die eine Milderung der Arbeitslosigkeit herbeiführen sollte, eine völlig unzulängliche Lösung. Zugleich gab sie mit der Zulassung des freiwilligen Arbeitsdienstes, der sich über Tariflohn, Arbeitsrecht und Arbeitsschutz hinwegsetzte, den reaktionären Verbänden willkommenen Anlaß zur Werbung der faschistischen Kampftruppen. Die Arbeit der sogenannten Braunkommission endete so mit einem nach allen Richtungen negativen Ergebnis.

Gegen diese ungeheuerliche Musterleistung einer reaktionären Bürotatigkeit gingen die Gewerkschaften mit schärfster Abwehr vor. Sie forderten die Beseitigung der ungerechten Krisensteuer sowie Schutz und Aufrechterhaltung der Leistungen für die Krisenopfer. Des weiteren bekämpften sie die wirtschaftlich verhängnisvolle Vertagung der Tatfrage, daß Erhaltung und Stärkung der Massenkaufkraft nach dem vorangegangenen Lohn- und Gehaltsabbau das einzige Mittel sei, um eine Ankurbelung der Wirtschaft und die Überwindung der Krise herbeizuführen. Ferner forderten sie scharfe Maßnahmen gegen die Preisdiktatur des Monopolkapitalismus. In gewissem Umfang sind diese Forderungen in der letzten Reichsnotverordnung berücksichtigt, wenngleich ihre Bestimmungen sehr verdächtig danach aussehen, daß wieder einmal der

Belz gewaschen werden soll, ohne ihn naß zu machen. Es sind in ihr gewisse Bedingungen geschaffen, die einen Preisabbau sowie eine schärfere Heranziehung des Besitzes zu den öffentlichen Lasten ermöglichen. Es fragt sich nur, ob und wie sie durchgeführt werden! Daneben wird auch in dieser Notverordnung die begonnene Lohn- und Gehaltsentfaltungspolitik, als auch die hieraus folgende Drohsetzung der Massenkaufkraft fortgesetzt.

Verfchiedenen Anzeichen nach schien um die Mitte des Jahres die Wirtschaftskrise ihren Tiefpunkt erreicht zu haben. Hier und da zeigten sich gewisse Aufstiegsstrebungen, die jedoch mit dem Zusammenbruch der österreichischen Kreditanstalt und der in ihrem Gefolge eintretenden neuen Vertrauenskrise wieder verschwanden. Bei der Höhe der kurzfristigen Verschuldung Deutschlands waren hiermit die größten Gefahren verbunden. Der Plan des amerikanischen Staatspräsidenten Hoover, ein Weltfeierjahr für die politischen Schutten und die deutschen Reparationsleistungen zu schaffen, ließ die Hoffnung auf Überwindung dieser Gefahr und eine Besserung der wirtschaftlichen Lage entstehen. Leider mußte diese Hoffnung bald begraben werden. Durch den Zusammenbruch des größten deutschen Textilkonzerns erschreckt, zog das Ausland in verstärktem Maße seine Kredite zurück. Die Reichsbank verhielt sich zu lange passiv und verordnete nicht einmal die einheimische Devisenhamsterei. Als daher am 6. Juli endlich nach langer Verzögerung eine Einigung über den Hoover-Plan zustande kam, blieb die erwartete Wirkung aus. Das Verhängnis ließ sich nicht mehr bannen! Die Reichsbank konnte ihre Notendeckung mit 40 Proz. nicht mehr aufrecht erhalten, und die bei dem Nordwollkonzern stark beteiligte Danabank mußte ihre Schalter schließen. Weitere Zusammenbrüche schloßen sich an. Nur mit Reichsschiffen war die Danabank in der Lage, die Zahlungen wieder aufzunehmen. Die Situation blieb aber aufs äußerste gespannt, wenn auch die Gefahr einer neuen Inflation und die erneute Zerschöpfung der deutschen Währung als verhütet betrachtet werden konnte. Gewissen kapitalistischen und großagrarisches Kreisen wäre eine Inflation sehr angenehm gewesen!

Nach der Juli-Krise bestand die dringliche Aufgabe in der Wiederherstellung des zeitweilig unterbrochenen Zahlungsverkehrs im Inland und in der Befriedigung mit den ausländischen Gläubigern. Letzteres wurde mit dem Stillhaltungsabkommen vom 17. August erreicht, wenn auch nicht in vollem Umfang. Die noch immer anhaltende Zurückziehung von Auslandskrediten zeigt, daß das Mißtrauen in die deutsche Kreditfähigkeit anhält, was nach den ausgedehnten Finanzkreditlinien und den in weitem Maß eingetretenen Kapitalflehlungen bei Durchführung der Rationalisierung nur zu erklärlich erscheint. Hieraus folgt, daß die durch das Stillhaltungsabkommen gewährte Frist bis zum Februar des neuen Jahres dazu benutzt werden muß, die Frage der Reparationen und Krediterneuerung zu einer Lösung zu bringen. Die Verhandlungen hierüber sind noch nicht zum Abschluß gelangt. Leider stehen einer für die deutsche Wirtschaft befriedigenden Lösung sowohl in Frankreich wie in den Vereinigten Staaten starke innerpolitische Hemmnisse entgegen. Sehr zu bedauern ist daher der Sturz der englischen Arbeiterregierung, die der Weltwirtschaftskrise zum Opfer fiel. Mit ihr ist eine Brücke der internationalen Verständigung zusammengebrochen, was sich bereits in sehr erheblichem Maß bemerkbar macht.

Die politische Erschlitterung des deutschen und mitteleuropäischen Kredit blieb trotz starkem Widerstand nicht ohne Mißwirkung auf die Währung Englands und anderer Staaten, ja brachte selbst Frankreich und die amerikanische Union in Schwierigkeiten. Der Pfundsturz wandelte die Kreditkrise in eine Weltkrise der Währung um. Auf den Börsen von Paris und New York begann die Flucht in das Gold, aus Bankguthaben in die Notenforderung! Deutschland hatte die Inflationssucht mit dem Abfluß von 3 Milliarden, England mit 4 Milliarden Auslandskapital zu befehlen, ungerechnet der sonstigen Verluste. Auf's deutlichste zeigt sich hieran, wie das Schicksal Deutschlands von der Weltkrise abhängig ist, und wie sehr einer nationalen Selbsthilfe enge Grenzen gesetzt sind. Fast ein Drittel seiner Bevölkerung lebt vom Export. Es ist daher nicht viel gewonnen, wenn die Agrarpolitik der Reichsregierung die Produktion der Landwirtschaft so gesteigert hat, daß sie im Notfall zur Ernährung des deutschen Volkes ausreicht, die gleiche Wirtschaftspolitik aber zugleich die Bevölkerung unfähig machte, die heimischen Agrarprodukte zu kaufen.

Der Wiederaufstieg des deutschen Wirtschaftslebens hängt von einer internationalen Verständigung über das Reparations- und Kreditproblem ab. Das deutsche Volk kann Reparationen nicht mehr zahlen! Diese Erkenntnis ist in den Baseler Verhandlungen zum Durchbruch gelangt. Seine Leistungsfähigkeit kann nur dann wiederkehren, wenn der deutschen Wirtschaft Gelegenheit zum Export gegeben wird, was bedingt, daß die überall aufgerichteten Zollmauern fallen. Die im abgelaufenen Jahr gefolgten Ausfuhrbeschränkungen zu keinem Optimismus dahin, daß der Exportüberschuß noch weiter steigen wird. Deshalb muß auf die Erweiterung des Innenmarktes größtes Gewicht gelegt werden. Dazu erscheint die Fortsetzung der Notverordnungspolitik als kein geeignetes Mittel. Die Gewerkschaften haben dagegen nach Kräften angeknüpft. In diesem Kampf werden sie fortfahren, wofür sie auch im neuen Jahr die stärkste Unterstützung der Arbeiterklasse bedürfen. Nur so darf sie erwarten, daß die wirtschaftliche Entwicklung die heute noch herrschende Not überwindet.

Sozialpolitische Jahresrückschau

Ein Jahr äußerster Not liegt hinter uns. Immer neue Scharen wurden aus dem Produktionsprozeß ausgestoßen und vermehrt das Millionenheer der Arbeitslosen in erschreckendem Maße. Die deutsche Unternehmerschaft kannte wie bisher kein anderes Mittel zur Wiederankurbelung der Wirtschaft als Senkung der Gestehungskosten durch rigorosen Lohnabbau, Abbau der Sozialleistungen und der Steuerlasten. Wenn den Herrschenden die Durchsetzung der beiden ersten Forderungen nicht immer im gewinnlichsten Umfang gelungen ist, so ist das der Energie der Gewerkschaften zu danken. Die wütenden Angriffe auf die Gewerkschaften beweisen uns, daß deren Einfluß auf die Gestaltung der Dinge immer noch von nicht zu unterschätzender Bedeutung war und ist — trotz der schweren Krise. Die Verschärfung der Krise führte auch zur weiteren Zerrüttung der Staatsfinanzen und in weiterer Folge zu immer stärkeren Eingriffen auf wirtschaftlichem, sozialem und steuerlichem Gebiet. Die Reichsregierung glaubte der Wirtschaft helfen zu können, wenn sie die Schlichtungsinstanzen in den Dienst des Lohnabbaues stellte und die Sozialversicherung weiter verschlechterte. Immer wieder haben die Gewerkschaften auf das Falsche dieser Politik hingewiesen, weil durch die ständige Kaufkraftminderung der innere Markt zum völligen Erliegen kommen muß. Den letzten direkten Lohnraub glaubt die Reichsregierung deshalb verantworten zu können, weil er einhergeht mit stärkeren Maßnahmen zum Abbau der Preise. Der Erfolg der letzteren Aktion ist noch nicht völlig abzusehen, er wird wesentlich von der Energie der Regierung abhängen gegenüber den bereits ausgetretenen Sabotageversuchen.

Das Jahr 1931 beherrschte uns drei große Notverordnungen, die, was die Sozialgesetzgebung anlangt, tiefgreifende Änderungen brachten. Die Notverordnung vom 6. Juni sah in der Arbeitslosenversicherung weitgehende Verschlechterungen materieller Art vor. Es gelang den Gewerkschaften und ihrer parlamentarischen Vertretung, daß einige besonders hart empfundene Vorschriften in der Oktobernotverordnung beseitigt bzw. gemildert wurden.

In der Krankenversicherung brachten die Notverordnungen eine weitere Einschränkung des Selbstverwaltungsrechts zunächst auf dem Gebiet der Beitragsfestsetzung und durch die letzte Notverordnung auf dem Leistungsgebiet. Die zum Teil beträchtlichen Mehrleistungen der Kassen mußten ab 1. Januar 1932 abgebaut werden. Die Krankenkassen dürfen von diesem Zeitpunkt an nur noch die Regelleistungen gewähren. Das bedeutet eine gewaltige Verschlechterung des bisherigen Zustandes und eine schwere Belastung der Versicherten. Verschwinden müssen u. a. die Mehrleistungen: Krankenhauspfege oder Zulufte dazu für Angehörige, Sterbegeld für Angehörige, Zuluftegeld für Ledige bei Krankenhauspfege, die Genesendensfürsorge, Leistungen für größere Hilfsmittel und Hilfsmittel. Herabgesetzt werden muß das Hausgeld bei Krankenhauspfege auf die Hälfte des Krankengeldes, das Krankengeld selbst darf nur noch 50 Proz. des Grundlohnes betragen, das Sterbegeld für die Versicherten nur noch das Zwofache des Grundlohnes. Dieser gewaltige Abbau wird zweifellos auch die Wohlfahrtsämter wiederum belasten, weil die meisten Versicherten die ihnen zugesprochenen Lasten einfach nicht werden tragen können.

In der Invaliden- und Angestelltenversicherung hat man zwar die eigentliche Rente noch in bisheriger Höhe bestehen lassen, aber unter anderem durch Änderungen der Wartezeiten und tiefergehende Neuerungen beim Zusammentreffen verschiedener Leistungen finanzielle Erschwerungen für die Versicherungsträger geschaffen.

Am 17. November waren 50 Jahre verstrichen, seit die bekannte kaiserliche Hofkapitäl in Deutschen Reichstag verlesen wurde, die den Grundstein zur Schaffung der Sozialversicherung bildete. Die Schaffung hatte ihre Grundursache in der Existenz der aufstrebenden Arbeiterbewegung, der man mit dem Mittel der Sozialversicherung das Wasser abgraben wollte. Der Ausbau der einzelnen Gesetze ist unter dem Druck der Arbeiterchaft vor sich gegangen, und wir müssen anerkennen, daß Großes durch die Sozialversicherung geleistet worden ist. Sie ist mit ihren Einrichtungen eine zwingende Notwendigkeit für die Arbeiterchaft geworden und ihr Abbau trifft sie aufs schwerste. Gerade in diesen Notzeiten brauchen wir sie dringend, und die Reichsregierung trägt daher eine schwere Verantwortung bei der „Reformierung“ der Sozialgesetze. Im folgenden bringen wir wieder eine gedrängte Zusammenfassung der wesentlichsten sozialpolitischen Gesetze und Verordnungen des verflossenen Jahres.

Arbeitszeit. Die Notverordnung vom 6. Juni gab der Reichsregierung die Ermächtigung, die regelmäßige Arbeitszeit auf 40 Stunden für einzelne Gewerbe usw. zu verkürzen. Durchführungsbefristungen erschienen unterm 30. September. Praktische Bedeutung hat die Ermächtigung bisher nicht erlangt. — Die gleiche Notverordnung gab der Regierung die Befugnis zur Einschränkung bzw. Aufhebung des Nachtarbeitverbots.

Tarifverträge und Schlichtungswesen. Die Notverordnung vom 1. Dezember 1930 brachte für die Angestellten (§ 63 WGB, § 133c Wd.) den unabhängigen Anspruch auf 6 Wochen Gehaltsfortzahlung bei Krankheit. Dies galt für die Angestellten, für die § 616 WGB, in Frage kam, nur teilweise. Erklärender stellte nun die Notverordnung vom 6. Juni 1931 klar, daß als verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit im Sinne des § 616 WGB, eine Zeit von 6 Wochen zu betrachten ist, wenn nicht durch Tarifvertrag eine andere Dauer bestimmt ist. Damit

hat erstmalig der Tarifvertrag dem WGB gegenüber Erwähnung gefunden. Starke Eingriffe leisteten sich die Notverordnungen in die Tarifverträge der im öffentlichen Dienst Beschäftigten, die letzte Notverordnung auch in die Tarifverträge der in Privatbetrieben Tätigen. Die Bestimmungen sind noch frisch in aller Erinnerung. Bemerkenswert sei hier nur noch, daß neben der rigorosen Lohnsenkung noch eine „Verfeinerung des Tarifvertragsystems“ angestrebt werden soll. Zu diesem Zweck müssen, so heißt es in der amtlichen Verlautbarung, nötigenfalls einheitliche Tarifverträge in getrennte Vereinbarungen für einzelne Gebiete oder Wirtschaftszweige zerlegt werden. In den Tarifverträgen sollte ferner, so heißt es weiter, in geeigneten Fällen die Möglichkeit geschaffen werden, eine vorübergehende besondere Notlage einzelner Betriebe angemessen zu berücksichtigen. — Unterm 9. Januar und 27. September ergingen Vorschriften über die Beilegung von Schlichtungsstreitigkeiten öffentlichen Interesses. Diese waren jedoch zeitlich begrenzt und sind zur Zeit wieder außer Kraft.

Arbeitslosenversicherung. Über die Forderung des freiwilligen Arbeitsdienstes enthielt die Verordnung vom 23. Juli ausführliche Durchführungsbestimmungen. — Auf Grund des § 2 der Zweiten Verordnung über die Beilegung von Schlichtungsstreitigkeiten öffentlichen Interesses vom 30. September wurden durch einige Verordnungen die Untertagearbeiter und ihre Arbeitgeber im Bergbau von der Beitragspflicht zur Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung befreit. — Die Verordnung über **Risikofürsorge** für Arbeitslose vom 23. Oktober enthielt zahlreiche Verschlechterungen für die Krisenunterstützungsempfänger. — Die Notverordnung vom 6. Juni beherrschte den Arbeitslosen zahlreiche Verschlechterungen, die in einigen Fällen durch die Notverordnung vom 6. Oktober gemildert wurden. Unterm 25. März erschien das Gesetz über die Entschädigung der gewerkschaftlichen Stellenermittlung, desgleichen eine Ausführungsverordnung dazu.

Krankenversicherung. Die Verordnung vom 6. Mai brachte Vorschriften über die Prüfung der Geschäfte, Rechnungs- und Betriebsführung der Krankenkassen. — In der Verordnung vom 1. August erfolgten Bestimmungen darüber, daß jede Erhöhung des Beitragsatzes der Zustimmung des Oberversicherungsamtes bedarf. Auf die in der Notverordnung vom 8. Dezember enthaltenen einschneidenden Bestimmungen für die Krankenversicherung haben wir schon einkleitend hingewiesen.

Unfallversicherung. Die Notverordnung vom 8. Dezember bringt erhebliche Verschlechterungen der Leistungen, insbesondere in bezug auf die kleinen Renten und die Zahlung von Familien- und Tagegeld bei Heilungs- oder Anstaltspflege.

Invalidentversicherung. Auch für diesen Zweig sieht die Dezembernotverordnung beträchtlichen Leistungsabbau vor, insbesondere beim Zusammentreffen mehrerer Renten, den Rinderzuschüssen und Waisenrenten. Die Wartezeit für die Invalidenrente ist von 200 auf 250 Beitragswochen erhöht. Bei der Altersinvalidenrente müssen nunmehr 750 Beitragswochen erfüllt sein. Beträchtlicher Art sind ferner die Verschlechterungen durch das Ausbleiben der Rente neben Leistungen aus der Sozialversicherung und Reichsversorgung. Die Witwenrenten für Witwen, deren Männer vor 1912 bereits verstorben oder zu diesem Zeitpunkt schon invalide waren, fallen ab 1. Januar 1932 gänzlich fort. — Die Deutsche Reichspost soll nach der Verordnung vom 24. Juni für jede durch sie bewirkte Auszahlung von Unfall- oder Invalidenrenten von den Versicherungsbeiträgen ab 1. August 1930 eine Vergütung von 22½ Pf. erhalten. Weiter steht ihr ab 1. April 1931 aus dem Markenerlös von Invalidenrenten 0,15 Proz. und 0,9 Pf. für jede verkaufte Marke zu.

Angestelltenversicherung. Die verschlechterten Vorschriften beim Zusammentreffen mehrerer Renten, der Rinderzuschüsse, Waisenrenten und des Ruhen der Rente gelten auch für diesen Zweig, ebenso für die Knappschaffsversicherung. Die Wartezeit dauert 60 Beitragsmonate, sind aber weniger als 60 Pflichtmarken verwendet, 120 Beitragsmonate. Beim Altersruhegeld müssen 180 Beitragsmonate nachgewiesen sein. Auf Einzelgehältern der Neuerungen in der gesamten Sozialversicherung kommen wir noch in Kürze in einem besonderen Artikel zurück. — In der Verordnung vom 19. Dezember werden Vorschriften erlassen über die Versicherungsfreiheit vorübergehender Dienstleistungen in der Angestelltenversicherung.

Soziale Wahlen. Die Dezember-Notverordnung ermächtigt die Reichsregierung, die Amtsdauer der Betriebsräte und der Vertreter in den sozialen Körperschaften, deren Amtszeit 1932 abläuft, um ein Jahr zu verlängern. Hiervon ist bereits hinsichtlich der Betriebsräte Gebrauch gemacht durch die Verordnung vom 14. Dezember. Danach verlängert sich die Amtsdauer der Mitglieder der gesetzlichen Betriebsvertretung und der Betriebsobmänner, deren Wahlzeit im Jahre 1932 ablaufen würde, um ein Jahr. Die Vorschrift findet dann keine Anwendung, wenn im Falle der Wahl das Wahlauschreiben am 9. Dezember bereits erlassen war und der letzte Tag der Stimmabgabe vor dem 1. Januar 1932 liegt oder wenn im Falle der Betriebsobmannswahl die Wahl vor dem 1. Januar 1932 vollzogen wird.

Reichsversorgung. Die Notverordnung vom 6. Juni enthielt erhebliche Leistungsverschlechterungen für die Kriegsoopfer. Die vorgesehene Kürzung der Versorgungsgebühnisse neben Einkommen aus öffentlichen Mitteln erfuhr durch die Oktober-Notverordnung eine Milderung. Während nach der Juni-Notverordnung von der Rente

eines Beschäftigten oder Hinterbliebenen 15 M. bei Beweismäßig der Arbeitslosenunterstützung durchrechnungsziel bleiben, erhöhte die Notverordnung vom 6. Oktober diesen Betrag auf 25 M.

Für die Juni-Notverordnung brachte eine wesentliche Umgestaltung der Fürsorgepflichtverordnung. Neu geregelt wurden insbesondere die Einkunftsansprüche der Fürsorgeverbände an die Hilfeempfänger selbst sowie an die Erben und Hinterlassenschaftlichen. Unterm 1. August wurde der Wortlaut der Konfession der Reichsgrundzüge über Voraussetzungen, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge veröffentlicht. Ergänzungen dazu erschienen unterm 27. November.

Seit dem 1. Juni wurde die Notverordnung vom 6. Juni wurde uns die Kassensteuer und Kassenlohnsteuer für die Rechnungsjahre 1931 und 1932 befreit. Danach haben die Arbeitsnehmer vom Bruttoarbeitslohn bis einschließlich 70 M. die Woche 1 Proz., bei über 70 bis 93 M. 1,5 Proz., bei über 93 bis 116 M. 2 Proz. usw. als Kassenlohnsteuer neben der Einkommensteuer zu zahlen. Die durch die Notverordnung vom 1. Dezember 1930 eingeführte Sonderbesteuerung der Lebigen sowie der Zuschlag zur Einkommensteuer für Einkommen von mehr als 8000 M. und die Ausschüttungssteuer sollen nach der Ergänzungsnoteordnung auch für das Haushaltsjahr 1932 erhoben werden. Die Juni-Notverordnung enthält denn noch den Wegfall der Lohnsteuer-Einkaufsteuer.

Wohnungsmietung. Die Weltungsordnung der Verordnung über Lohnpächter wurde durch die Anpassungsverordnung vom 28. Dezember bis zum 30. Juni 1932 verlängert.

Rechtspflege. Die Juni-Notverordnung brachte zahlreiche Vorschriften, die eine Vereinfachung und Erparnisse bringen sollten. Die Wertgrenze für die Zuständigkeit des Amtsgerichts in Streitigkeiten über vermögensrechtliche Ansprüche wurde auf 1000 M. festgesetzt. Die Berufung ist nur zulässig, wenn der Wert des Beschwerdegegenstandes 100 M. übersteigt. Für die Bewilligung des Armenrechts wurden erschwerte Bestimmungen erlassen. Sie konzentriert nur in Frage, wenn die beabsichtigte Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung Aussicht auf Erfolg bietet. Gegen einen die Bewilligung des Armenrechts verweigerten Beschluß des Beschwerdeorgans ist die weitere Beschwerde ausgeschlossen. Die Mindestgebühr für das Verfahren vor den ordentlichen Gerichten wurde auf 3 M. erhöht. P. No.

Die Konsumgenossenschaftliche Bewegung im Jahre 1931

Es wird sich wohl kein Mensch darüber wundern, wenn ein summarischer Bericht über die Entwicklung der Konsumgenossenschaftlichen Bewegung Deutschlands im Jahre 1931 etwas anders ausfällt als der vom Jahre 1930 oder aller vorangegangenen Jahre. Seit Beginn der neuen Wirtschaftsjahre vom Jahre 1931 ab. Einem heftigen und ununterbrochenen Aufschwung ist zum erstenmal eine rückläufige Bewegung gefolgt, die zwar, gemessen am Wirtschaftswachstum und Finanzreichtum Deutschlands, noch verhältnismäßig geringfügig genannt werden kann. Wenn aber den letzten letzten Jahren haben immer werden sollen...?

Jedoch wird dem nicht so sein. Denn alle Dinge tragen ihre „Körperlheit“, d. h. ihre Heiligkeitselemente, in sich. Und je mehr sich die Güter ausbilden, die gegenwärtig die deutsche Republik wirtschaftlich und politisch aus den Klippen zu heben drohen — der Gegenstand wird fester im prägnanten Maße, wenn er überhaupt einmal beginnt, sichtbar werden. Wirtschaftliche Systeme erugen miteinander in diesem gigantischen Kampf ums Dasein, um

ihre Existenzberechtigung. Und das privatkapitalistische Wirtschaftssystem, das nach dem Weltkrieg in allen Industrieländern inflexibel geworden ist, die immer neuere Arbeitslosigkeit mit all ihren zermürbenden volkswirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Auswirkungen zu befechtigen, ist zu sehr als geborener Wirtschaftszwilling mit dem Gesellschaftsleben der Völker verwurzelt, als daß er durch andere Wirtschaftssysteme im Sturm und nicht durch organische Entwicklung überwinden werden könnte. Die Tatsachefälle istigen Experimente — größten Ausmaßes in Rußland, zahlreichster Charakter in Deutschland — haben keine Aussicht, den Privatkapitalismus endgültig zu überwinden. Denn ihnen haften das Diktatorische, Mechanische an, aber Wirtschaft ist ein Organismus, ist wachsende organische Entwicklung, und in ihr bewegen sich die Formen der Gemeinwirtschaft, von welchen die Konsumgenossenschaftliche Bewegung am sichtbarsten sich ausprägt. Weil sie Lebensbedeutungswort ist und nicht Profitwirtschaft. Das ist die starke Wurzel ihrer Entwicklungsmöglichkeit, welche zu der Abregung berechtigt, daß die Konsumgenossenschaftler Augenblicklicher Hemmungen, die dem gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Zustand Deutschlands entspringen, sich am machvollsten in der Wirtschaft manifestieren werden, wenn „ihre Zeit gekommen ist!“

Die deutsche Konsumgenossenschaftliche Bewegung wird durch zwei Zentralverbände repräsentiert, von denen der Zentralverband deutscher Konsumvereine (Hamburg) mit einem Stand von rund 3 Millionen Mitgliedsfamilien und einem Warenumsatz von 1240,8 Mill. M. im Jahre 1930 den weitaus stärksten Einfluß in der Konsumgenossenschaftlichen Warenversorgung besitzt. Neben ihm steht der Landesverband deutscher Konsumvereine (Köln a. Rh.) mit rund 800 000 Mitgliedsfamilien und 244,0 Mill. M. Warenumsatz. Einige Hundert zentral angebundene Konsumgenossenschaften mit rund 200 000 Mitglieder und 46 Mill. M. Warenumsatz vervollständigen das Gesamtbild der Bewegung Konsumgenossenschaftlicher Wirtschaftsorganisationen in Deutschland mit insgesamt 4 Millionen Mitgliedsfamilien und einem Warenumsatz von rund 1500 Mill. M. im Jahre 1930.

Von besonderer Eigenart und Bedeutung erscheint die im Warenumsatz der Konsumgenossenschaften enthaltene Eigenproduktion, die 370 Mill. M. betrug und unter Hinzurechnung der in den Geschäftsjahren der beiden Verbände (VGG, Hamburg und Gepad Köln a. Rh.) getriebenen Eigenproduktion von rund 100 Mill. M. sogar 670 Mill. M., so daß weit über ein Drittel des Warenumsatzes eigener Konsumgenossenschaftlicher Erzeugnisse in Form von Einzelwaren, die dem Konsumgenossenschaftlichen Wirtschaftssystem ihren besonderen Wert beibringen, das heißt gemeinwirtschaftlicher Stempel aufträgt. Insofern das Eigentum an Produktionsmitteln sich nicht im Privat-, sondern im Gemeinbesitz der Genossen befindet, und zwar ohne Zwang und Diktat. Durch organische Entwicklung aus der Energie und dem freien Willen aller Mitbesther geboren.

Das abgelaufene Jahr 1931, dem in den Metrologen der Tages- und Nachpresse wohl kaum eine Krise — höchstens eine „Blutige“ — nachgewiesen werden wird, weil es allzuviel „Bruch“ und gestörte Existenz gegeben hat, hat nach den statistischen Ausweisen der Konsumgenossenschaftlichen Verbände keinen besonders großen Einbruch in die Konsumgenossenschaftliche Entwicklung gebracht. Die Mitgliederzahlen sind kaum nennenswert verändert, sie werden

um die 4 Millionen Mitgliedsfamilien herum kreisen, dagegen hat der Gesamtumsatz wohl mindestens 15 Proz. des Vorjahres eingebüßt, das heißt er dürfte bei insgesamt 1500 Mill. M. um etwa 225 Mill. M. geringer geworden sein. Hierin trägt nicht nur die abnauernde Rezession eine Rolle, sondern es prägen sich noch viel mehr die gesunkenen Warenaufpreise darin aus. Mengenmäßig dürfte der Warenumsatz dem des Jahres 1930 nicht viel zurückstehen. Trotzdem leidet unter dem Ergebnis des tatsächlichen Niederganges des Warenumsatzes die Wirtschaftlichkeit Not, und der Zusammenbruch deutscher Groß- und Mittelbanken und industrieller Großunternehmungen mit Schalterhoffnung von Sparkassen, dazu parteipolitische Zustationsstufen unverantwortlicher Art, haben vielfach auch am Vertrauen Konsumgenossenschaftlicher Spareinleger geführt, so daß auch von hier aus Hemmungen in der Konsumgenossenschaftlichen Entwicklung zu verzeichnen sind, wenn auch das Sparkapital immer noch 100 Mill. M. gegen 450 Mill. M. im Vorjahr beträgt.

Ein interessantes Bild in diesem Auf und Ab der Entwicklung zeigt unter anderem die Eigenproduktion der Großeinzelhandels-Gesellschaft deutscher Konsumvereine (Hamburg), welche bei einer Abnahme des Warenumsatzes um etwa 12 Proz. in den drei ersten Wirtschaftsjahren des Jahres 1931 eine Zunahme der Eigenproduktion um etwa 10 Proz. zeigt!

Im übrigen liegen die Entwicklungseinstimmungen, soweit sie mit der Frage der Wirtschaftlichkeit der Konsumgenossenschaften zusammenhängen, auch auf rein steuerlichem Gebiet, und es ist eine absolut widerwärtige Tatsache, daß in einer Periode wirtschaftlichen Niederganges, in der man durch Notverbordnungen Industrie, Gewerbe, Handel und Landwirtschaft mit allen nur erdenklichen Maßnahmen auf Kosten aller übrigen Steuerzahler und der Gehalts- und Lohnempfänger zu Hilfe eilt, um ihre Existenz zu sichern, die Konsumgenossenschaften mit Ausnahme derer, die sich selbst zu helfen suchen, keine Unterstützung erfahren. Die wirtschaftlichen Selbsthilfeeinrichtungen der Verbraucher, die noch nie Kostgänger der Länder und des Reiches gewesen sind. Eben darum wurden am 1. April des Jahres 1931 Handelsunternehmungen mit über 1 Mill. M. Jahresumsatz zu einer Sonderumsatzsteuer in Höhe von 0,5 Proz. des Umsatzes herangezogen — eine Steuer, die zu 90 Proz. den Umsatz der Konsumgenossenschaften trifft. Sie „bringt“ 8 Mill. M. aus der Privatwirtschaft, aber 19 Mill. M. von den Konsumgenossenschaften — bei etwa 60 Mill. M. Rückvergütung an die Mitglieder! Und zwar wurde die Belastung just zur selben Zeit eingeführt, wo Umsätze in Handel, Gewerbe und Landwirtschaft bis zu 5000 M. jährlich für Steuerfrei erklärt wurden, was einem Ausfall von rund 40 Mill. M. normaler Steuererträge entspricht! Sondersteuer auf der einen Seite, Steuerfreiheit auf der anderen — dies ist die Signatur der Zeit, wo Lohn- und Gehaltsabbau den Verbrauchern jammervoll drangalieren! Das Merkmal dieser unbegreiflichen Wirtschaftspolitik demonstriert, ist in der vierten Notverordnung vorläufig vorzeitig dadurch, daß die allgemeine Umsatzsteuer von 0,55 Proz. auf 2 Proz. erhöht, aber die Sonderumsatzsteuer mit 0,5 Proz. trotzdem aufrechterhalten wurde, so daß 90 Proz. der Konsumgenossenschaftlichen Warenversorgung mit 2,5 Proz. belastet sind. „Sert, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun!“

So zeigt das Bild der Konsumgenossenschaftlichen Bewegung im Jahre 1931 eigentlich nur im Negativen freundliche Farben. Insofern, als die Organisationen intakt geblieben

Klinsch's Jahrbuch 1932

Zu Verlag Klinsch & Co. in Frankfurt a. M. erschien vor kurzem der 25. Band des in allen Fachkreisen mit besonderem Interesse aufgenommenen „Jahrbuchs der graphischen Künste“. Sein reiches Inhalt (334 Seiten) besteht aus technischen Abhandlungen und Berichten über Neuerungen auf dem Gesamtgebiet der graphischen Künste. Viele Kunst- und andere Beträge beleben und ergänzen den Text. Preis in Ganzleinen 10 M. Der bekannte Fachverlag hat sehr verlässlich erscheinendes „Jahrbuch der graphischen Künste“ trotz Wirtschaftskrise auf das Doppelte der ursprünglichen Auflage steigern können, ein Beweis für den Wert und die Notwendigkeit dieses für den Fachmann nicht mehr zu entbehrenden Wertes. Der vorliegende 25. Band, der dessen Redaktion und Satzordnung wieder Dr. Konrad F. Bauer zeichnet und der von Dr. E. Wittich'schen Buchdruckerei in Darmstadt vorzüglich gedruckt wurde, bewältigt die übernommene Aufgabe, die Veränderungen und Gestaltungsfragen innerhalb des graphischen Gewerbes in einer materialreichen Zusammenfassung zu bieten, in vorbildlicher Weise. Eingeleitet wird das Werk von Eugen Klinsch, der über die Entstehungs- und Familiengeschichte seines Verlages informiert. Dr. Julius Rodenberg schreibt über den bekannten Leipziger Drucker Karl Ernst Voelgel, der die typographische und buchdruckerkunstliche Entwicklung der letzten 30 Jahre wesentlich beeinflusst und die von ihm mit Umsicht geleitete Diktatur zu einer wahren Kunst- und Kulturstätte gemacht hat. F. Helmberger ist mit einem bemerkenswerten Beitrag „Zonale Gewinne — reale Verluste“ vertreten. Diese Betrachtung über Wirtschaft, Technik und Wirtschaft im Bereichsleistungsgewerbe charakterisiert und erklärt die Veränderungen, wie sie in der Individualisierung unseres Gewerbes und in Steigerung des photo-

mechanischen Tiefdruckverfahrens zutage treten, ohne dabei die Gefahren, die in dieser technischen Entwicklung liegen, zu verkennen. Die einschlägigen Warnings Helmbergers, der gefälligen Konturen, die dem Druckgewerbe von der fortschrittlichen Büromaschinenentwicklung erwächst, rechtzeitig zu begegnen, sollte beachtet werden. Überhaupt bietet jeder Beitrag viele Anregungen. Wertigen Wertes schreibt auch Helmberger gegen die Überalterungsicherung, die nicht immer wirtschaftlich gerechtfertigt ist. Derartige Belastungen können, so schreibt Helmberger, nur durch höheren Umsatz ausgeglichen werden, der aber bei dem verhältnismäßig kleinen Marktgebiet des Druckgewerbes auf unabsehbare Zeit ausbleiben wird. Eine Prüfungs- und Kontrollmöglichkeit liegt er in der Errichtung des halbamtlichen Forschungsinstituts für das graphische Gewerbe an der Technischen Hochschule in Charlottenburg, auf dessen Mitarbeit die Gewerkschaft U. E. keinesfalls verzichten dürfte. — Rudolf Willein berichtet über die mit Erfolg abgeleitete internationale Zusammenarbeit der Buchdruckereibesitzer, deren Internationales Büro in erster Linie um Vorkaufs- und Typsetzungen der Farben, der Papiergewichte, der Papierfarben und der Abwech des Schmelzdruckverfahrens bemüht ist. — Unter Bezugnahme gewerkschaftlicher und amtlicher Veröffentlichungen schreibt Dr. F. W. Brunn innershalb eines Artikels „Wirtschaft und Buchgewerbe seit der Jahrhundertwende“ über die Entwicklung des graphischen Arbeitsmarktes, der Kapazitätssteigerung und der betrieblichen Abwechslung unseres Gewerbes. Er warnt, ähnlich wie Helmberger, vor der sinnlosen Produktionssteigerung durch die Rationalisierung und vor der Überfälligkeit der Aufnahmefähigkeit des Marktes. — Jakob Ratz verfolgt in einem informativ ausgezeichneten Beitrag „Die Entwicklung des buchgewerblichen und graphischen Fachschulwesens der letzten 30 Jahre“ und fordert die Einheit der Lehrziele und

die aktivere Beteiligung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Gestalt von Beträgen und Fachschulassistenten an dem organischen einheitlichen Aufbau des gesamten graphischen Schulwesens als beruflicher Einheitschule. — Dr. G. Wenz schildert die Entwicklung des Verlagswesens. — Friedrich Bauer bietet mit seinem ungemessen interessanten und lehrreichen Beitrag „Dreißig Jahre Schrift und Schriftsatz“ eine kleine Stilgeschichte der Typographie, die in größeren (geistes- und kulturgeschichtlichen) Zusammenhängen noch geschrieben werden muß. Diefem Artikel sind verkleinerte Wiedergaben der Titel des Klinsch'schen Jahrbuches der letzten 24 Bände beigegeben. — Jan Tschjold argumentiert gegen die Planlosigkeit der Buchausstattung und wünscht eine klückerliche Oberleitung, die das Buch als eine Einheit aus Type, Bild, Titel, Papier und Einband schafft. Ihm schließt sich der Redakteur des Jahrbuches, Dr. Konrad F. Bauer, mit „Wünschen für das neue Buch“ an. Ausgehend von der nicht abzulassenden Tatsache, daß sich die typographische Form des Buches seit 1914 nicht wesentlich verändert hat, fordert er in diskutablen, nicht ganz neuen Vorlesungen das den realen Forderungen des Tages entsprechende und besser als bisher „funktionierende“, zweckmäßige, handliche und vor allem billige Buch. Seine kluge Betrachtung der technökonomischen Grundlagen des Buches und jene über die Notwendigkeit der Schaffung einer literarischen Öffentlichkeit durch das billige Buchrezeptionsmittel im Sinne der Franzosen sollte von weiten Kreisen beachtet werden. — William Gamble überträgt (wie wir es gewohnt sind) mit einer kenntnisreichen Rede über die „Reproduktionsleistung in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“, die aus einer wöchentlichen Praxis auf reproduktionstechnischem Gebiet geschöpft ist und die von den Anfängen des photomechanischen Verfahrens bis zum heutigen Vierfarbendruck reicht. — Albert Wöhlings Beitrag erinnert

sind, wenn ihre Wirtschaftlichkeit auch bedroht ist durch den allgemeinen wirtschaftlichen Niedergang und durch eine Steuererhöhung, die an das Goethe-Wort erinnert: „Brennt wird Unsin, Wohlthat Plage!“ Aber der SOS-Ruf, den Heinrich Kaufmann, der unbestrittene und leider viel zu früh verstorbene Führer der deutschen konjunktionsfähigen Bewegung, kurz nach der Inflationsperiode erhoben sieht, findet starke Organisationen, und er braucht heute nur auf den Widerhall in Millionen von Beamten, Angestellten und Arbeiterfamilien, vor allem bei allen Gewerkschaften zu stoßen, um mit elementarer Gewalt der konjunktionsfähigen organisierten wirtschaftlichen Selbsthilfe die Bahn freizumachen zur Mitwirkung für ein besseres Wirtschaftssystem als das immer noch, wenn auch nicht mehr aus eigener Kraft, herrschende. Hf.

Korrespondenzen

Altenburg. Unsere Versammlung am 4. Dezember hatte wiederum einen guten Besuch zu verzeichnen. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken eines verstorbenen Kollegen geehrt. Auch des pflanzlichen Hinscheidens des Hauptverwalters unseres Verbandes, Kollegen Robert Glaser, wurde ehrend gedacht. Nach Entgegennahme verschiedener Mitteilungen, u. a. über die Weihnachtswirtschaft des Gaues und die der Freunde der Arbeiterwohlfahrt, erörterte der Vorsitzende Reichardt die lohnpolitische Lage. Sodann hielt Lehrer F. A. S. Schumann (Schmölln) einen Vortrag über „Alte oder passive Konjunkturpolitik“. In fünfminütigen Ausführungen ging der Referent auf die Ursachen der Weltwirtschaftskrise und deren aktive Bekämpfung ein, dabei auch u. a. auf die Bierglasfensterweise hinweisend. Nicht Unterstützung, sondern Arbeit verlangen die Millionen arbeitslosen Volksgenossen. Nicht Preisentlagen und Lohnabbau, sondern Stabilität der Preise müsse die Parole lauten. Eine sehr rege Diskussion schloß sich dem Vortrag an. In seinem Schlusssatz gab der Referent verschiedene Aufklärungen. Reicher Beifall wurde ihm zuteil. Wie alljährlich, so erhalten auch dieses Jahr unsere arbeitslosen Kollegen usw. einen Weihnachtsschub. Die Vorschläge zu den Vorstandswahlen wurden entgegengenommen. Unter „Verschiedenem“ fanden interne Angelegenheiten ihre Erörterung. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit der Bitte, auch fernerhin regles Interesse für unseren Verband zu bekunden und durch einseitiges Zusammenstehen mitzuwirken, auch die schweren Nöte zu überwinden.

Geitwisch (D.-S.). (S. a. d. s. e. h. e. r.) Nachdem schon vor Wochen die Mitglieder unserer Vereinigung Gehör gefunden hatten, den Geitwischer Sender der Schließlichen Zunftstunde mit seinen technischen Einrichtungen kennenzulernen, stellten wir am Sonntag, dem 22. November, den Elektrifizieren der Schließlichen Elektrizitäts- und Gas-Mittelgesellschaft in Jaborze einen Besuch ab. Der Wunsch, uns noch fremde Wirtschaftszweige und besonders diesen Produktionszweig aus eigener Anschauung kennenzulernen, war unter unsern Mitgliedern schon immer laut geworden. Die Direktion obengenannter Gesellschaft hatte deshalb auch in großzügiger Weise unsern Wunsch entsprochen und uns die Besichtigung ihrer Anlage gestattet. Annähernd 50 Kollegen (die andern Sparten waren durch uns eingeladen) hatten sich zu dieser Exkursion eingefunden. Nachdem jeder Teilnehmer auf die Gefahren aufmerksam gemacht worden war, konnte die sehr interessante Besichtigung in drei Gruppen unter fachtechnischer Führung angetreten werden. Allgemein fiel auf, daß auf der ganzen Anlage in ihren ungeheuren Ausmaßen und der großen wirtschaftlichen Bedeutung im Verhältnis ganz wenig Menschen beschäftigt werden. Ein erneuter Beweis dafür, daß der Mensch immer mehr von der Maschine ver-

drängt wird. Nach dieser physischen und geistigen „Anstrengung“ wurden wir von unsern liebenswürdigen Führern nach dem angenehm durchwärmten Räumen des Kaffeehaus zu einer Erfrischung eingeladen. Vorsitzender Wuschol dankte der Bewirtung und den führenden Herren. Uns allen aber ist ein Stück Wissen vermittelt worden, für das wir den Oberleitenden Elektrizitätswerken noch lange dankbar bleiben.

Karlsruhe. (M. a. s. i. n. e. s. e. h. e. r.) In der Aula der Städtischen Gewerbeschule hielt am 29. November der Vertreter der Mergenthaler Sehmashinefabrik, Herr Bauh (Stuttgart), einen interessanten Lichtbildervortrag „Die Linotype und ihre Neuerungen“. In seinem fünfviertelstündigen Vortrag zeichnete er die Entwicklungsgeschichte der Linotype und besprach sodann die von der Mergenthaler in allerjüngster Zeit auf den Markt gebrachten Neuerungen, die von verbüßender Einfachheit und dazu angetan sind, auch dem Maschinenleser das Arbeiten an der komplizierten Sehmashine etwas zu erleichtern. Diese Vornehmlichkeiten sind gerade bei dem gegenwärtigen scharfen Arbeitstempo und bei den Anforderungen, die heute an den Maschinenleser auf sachtechnischem Gebiet gestellt werden, nur zu begrüßen. Die große Zuhörerzahl spendete am Schluß lebhaften Beifall. In der sich anschließenden Diskussion wurde gefordert, daß die Mergenthaler mehr Wert auf das Produkt der Maschine legen soll. An diese technische Veranstaltung schloß sich dann im „Stuttgarter Hof“ eine Bezirksversammlung an, die sich trotz der Doppelstellung eines sehr guten Besuchs erfreuen durfte. Nach der Begrüßung widmete Vorsitzender Preitel dem verstorbenen Hauptverwalter des Verbandes, Kollegen Glaser, sowie dem verstorbenen Gauvorsteher des Gaues Oberheim, Kollegen Karl Sandfort, ehrende Nachrufe. Im geschäftlichen Teil gab er die Eingänge bekannt und besprach einige Zirkulare der Zentralkommission und kritisierte den Schiedspruch, der den Spitzenlohn der Buchdrucker von 55 M. auf 52 M. reduziert. In der Aussprache über diesen Punkt kam das Bedauern zum Ausdruck, daß die Weiterbildungsbestrebungen der Buchdrucker, die von uns von jeher unter Aufwendung großer materieller und ideeller Opfer besonders gepflegt wurden, von unsern Prinzipalen nach der lohnpolitischen Seite hin nicht gewürdigt und anerkannt werden. Die technische Aussprache über den Lichtbildervortrag war eine äußerst rege und gab manche wertvolle Anregung. Alsdann gab der Vorsitzende das Ergebnis der von der Zentralkommission aufgenommenen Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Bezirk Karlsruhe bekannt. Das Material war interessant und ausschlüssig. In der Diskussion wurden manche Mängel aufgezeigt und berichtigt.

Leipzig. (K. o. r. r. e. k. t. o. r. e. n.) In unserer Versammlung am 4. Dezember fand der Vortrag des Kollegen Oberländer über das Erfurter Rechtschreibprogramm zur Aussprache. Diese wurde eingeleitet durch einige Erläuterungen zum Leipziger Plan zur Rechtschreibung, der vom Leipziger Lehrerverein aufgestellt worden ist. Dieser hat zur Frage der Rechtschreibung ein ziemlich umfangreiches „Buch“ herausgegeben, das „Kollege“ Thiemme seinen Ausführungen zugrunde legte. In einer recht regen Aussprache kamen die verschiedensten Bedenken gegen den Leipziger Plan zum Ausdruck. Fast alle Redner empfahlen das Erfurter Programm. Auch der Obmann des Rechtschreibausschusses des Leipziger Lehrervereins, Herr Erich Buchholz, der unsrer Einladung zu dieser Versammlung gefolgt war, gab noch einige erläuternde Ausführungen zum Leipziger Plan. Nach einem kurzen Schlusssatz des Kollegen Thiemme wurde folgende Entschliessung einstimmig angenommen: „Der Leipziger Korrektorenverein erachtet in dem Erfurter Rechtschreibprogramm des Bildungsverbandes ein begrünndes Ergebnis der in letzter Zeit geführten Aussprache über die dringend notwendige deutsche Rechtschreibreform. Im Hinblick auf die von andern Kreisen (Lehrerverein usw.) aufgestellten Pläne zur Rechtschreibreform wird erwartet, daß die für eine solche Reform in Betracht kommenden Organisationen möglichst bald versuchen, ein gemeinsames Rechtschreibprogramm aufzustellen.“ Die gut besuchte Versammlung hat wohl allen Teilnehmern viel Anregung und Belehrung gebracht. Unsern Arbeitslosen und Invaliden konnte mit Rücksicht auf das bevorstehende Weihnachtstfest ein kleines Bezahlgeld gegeben werden.

Mannheim-Ludwigsbühl. (D. r. u. c. k. e. r. — B. i. e. r. t. e. l. j. a. h. r. s. b. e. r. i. c. h. t.) Nach dem gut gelungenen Süddeutschen Druckertag, von dem in der Versammlung am 5. September nochmals berichtet wurde, hielt Vorsitzender Teinmeyer einen Vortrag über „Die Farben des Buchdruckers“. Einstimmige Annahme fand der Antrag, den versammlungsbezugenen arbeitslosen Mitgliedern eine Mark aus der Vereinskasse zu zahlen. — Am 11. Oktober fand ein Herbstausflug in die Pfalz statt, bei dem wieder echter Buchdruckergeist herrschte, da auch die arbeitslosen Kollegen aus den Alltagsorgen herausgerissen wurden (auch finanziell). — Am 14. November fand eine gut besuchte Versammlung statt mit einem Referat des Herrn D. Sievers, Vertreter der Roßtrab-Werke AG, über das Thema: „Druckspannung und Maschinenentwurf“. Aus reichen Erfahrungen der Praxis führte der Referent die Schwierigkeiten des Druckers vor Augen und zeigte, wie wichtig gutes Zureichten und gutes Maschinenmaterial ist, um Druckspannungen zu vermeiden. Das wirklich interessante Referat wurde aufmerksam und dankbar aufgenommen.

Delde i. W. Unser Ortsverein feierte am 28. November sein 25 jähriges Bestehen. Wegen der schlechten Zeiten hatte man von einer großen Feier abgesehen und eine Festversammlung mit Damen arrangiert. Kollege Klobenich als Vorsitzender und Mitorganisator des Vereins begrüßte die Anwesenden und freifte in kurzen Worten die 25 Jahre Ortsverein. Bezirksvorsitzender Grienert (Münster) übermittelte die Grüße und Glückwünsche des Gaues und des Bezirks. Kollege Meißner (Münster) schloß die als langjähriger früherer Bezirksvorsitzender die Schwierigkeiten, unter denen der Ortsverein seinerzeit ins Leben gerufen wurde und zeigte, wie gerade durch die Einigkeit der Kollegen so manches erreicht worden sei. Lobend erwähnt seien die Darbietungen des von der Münsterschen „Typographia“ gestellten Quartetts, die der Feier ein würdiges Gepräge gaben. Bei Musik und Tanz hielten die Kollegen bis in die frühen Morgenstunden

aus. Die Teilnehmer an dieser Jubiläumsfeier werden sich noch oft der frohen Stunden kollegialen Beisammenseins erinnern.

Oranienburg. In untrer außerordentlich gut besuchten Versammlung am 5. Dezember besaßte man sich mit den bevorstehenden Ereignissen. Unter „Geschäftlichem“ wurde u. a. mitgeteilt, daß eine Weihnachtsschiffahrt, die vom Ortsverein ins Leben gerufen worden ist, eine ganz nette Summe erbrachte, die unsern Erwerbslosen zu Weihnachten ausgehändigt werden wird. Bedauerlich ist, daß es auch in jetziger Zeit noch Kollegen gibt, die sich von solchen Sammlungen fernhalten. Bezirksvorsitzender Matzke (Hotsdam) gab nun einen Situationsbericht, der allerdings nichts Welterstärkendes brachte, aber zeigte, daß die Kollegen nicht gemillt sind, einen neuen Lohnabbau über sich ergehen zu lassen. Die Kollegen waren der Ansicht, daß mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln versucht werden muß, eine weitere Kürzung des Lohnes abzuwehren. Im Auftrag der Versammlung wurde an den Verbandsvorstand eine diesbezügliche Resolution gefaßt, obwohl die Hälfte der Versammlungsbesucher der Ansicht waren, daß Resolutionen keinen praktischen Zweck haben.

Quedlinburg. (D. r. u. c. k. e. r.) Am 28. November beging unter hiesiger Verein die Feier seines 25 jährigen Bestehens. Den Vätern der Zeit entsprechend, wurde die Feier nur im Kreise der Kollegen mit ihren Angehörigen begangen. Der Abend wurde eingeleitet durch eine Festversammlung, zu deren Eröffnung die „Typographia“ ein Chorlied sang. Als Referenten hatte die Farbenfabrik Baer (Dresden) dankenswerter Weise ihren Chemiker, Herrn Dr. Gieseler, zu einem Referat über „Täglich auftretende Schwierigkeiten im Verkehr mit modernen Druckmaschinen“ zur Verfügung gestellt. Der Referent entlockte sich in sehr verständlicher Weise seiner Aufgabe, was der ihm zum Schluß spendete Beifall bewies. Der Verein hatte es sich nicht nehmen lassen, den Werdegang der Vereinsgeschichte in Form einer gut ausgefallenen Festschrift den Teilnehmern zu überreichen. Einen besonderen Anlaß bildete die Ehrung zweier Gründer der Vereinigung. Es waren dies die Kollegen Otto Naas und Franz Petram. Sie können auf eine arbeitsreiche 25jährige Tätigkeit im Verein zurückblicken. Ihre Ehrung vollzog im Auftrag der Vereinigung Kollege Menz. Beide Kollegen wurden zu Ehrenmitgliedern ernannt. Die Ehrung wurde durch geschmackvoll ausgeführte Diplome bekrönt. Anschließend an die Ehrung sprach Ortsvereinsvorsitzender Klenner, der die Glückwünsche des Ortsvereins übermittelte und als Prälat eine Tischrede überreichte. Als nächster lobte der Kreisvorsitzende Zener (Magdeburg) das tatkräftige Arbeiten der hiesigen Vereinigung und überbrachte gleichzeitig die Glückwünsche des Kreises sowie der Magdeburger Kollegen. Auch diese Ehrung war von der Überreichung einer Tischrede begleitet. Kollege Dresler (Müchtersleben) überbrachte die Glückwünsche der dortigen Vereinigung. Anschließend dankte Kollege Menz für die Glückwünsche. Daß auch unsere Frauen unsern Bildungswunsch nicht abhold sind, bewiesen sie durch die Spende eines gut ausgefallenen Tischbanners. Nach Erledigung des formellen Teiles fand dann ein „Alt-Quedlinburger Tanzabend“ mit Quartettvorträgen und Einzelvorträgen statt, der die Kollegen bis in die Morgenstunden in reicher Trübsinnigkeit zusammenhielt. Den Firmen sowie dem Gesangsverein „Typographia“, die zum Gelingen der Feier mit beitrugen, sei an dieser Stelle nochmals gedankt. Dankschreiben, die der Vereinigung früher angehört haben, werden gebeten, ihre Adressen an Kollegen Alfred Wenz, Auguststr. 70, zu senden, zwecks Zustellung der Festschrift.

Saarbrücken. (M. a. s. i. n. e. s. e. h. e. r.) Unsere Versammlung fand am 22. November hier statt. Nach der Eröffnung machte Vorsitzender Stuber Mitteilung von einer schweren Erkrankung unseres Gauvorstehers Störk und von dem Ableben des Kollegen Sandfort (Freiburg i. Br.) sowie des Kollegen Glaser (Berlin). Das Andenken der Verstorbenen wurde gebührend geehrt. Nach einer Aufnahme wurde der Kassenbericht erlassen, der mit 3209,80 Fr. abschloß. Unter „Technischem“ lagen die neuen Beschäftigten und beschäftigte Matrizen vor und infolge eines Artikels der „Technischen Mitteilungen“ wurde eine interessante Aussprache hervorgerufen. Auch die Rechtschreibung in einzelnen Tageszeitungen wurde unter die Lupe genommen. Der späte Eingang der Statistikkbogen wurde sehr bemängelt.

Stuttgart. (M. a. s. i. n. e. s. e. h. e. r.) — Vierteljahrsbericht. In untrer Versammlung am 17. Oktober hörten wir nach einer Reihe von Mitteilungen durch den Vorsitzenden Kohrausch und Bekanntgabe zweier Kundschreiben der Zentralkommission einen Vortrag von dem praktischen Arzt Dr. med. et Dr. rer. pol. E. Wolff (Stuttgart) über das Thema „Der Buchdrucker und seine Gesundheit“. Einleitend zum Referat legitimierte sich der Vortragende durch seinen mitgebrachten „Gautschbrief“ als ehemaliger Kollege, der seine vierjährige Lehrzeit und entsprechende Praxis hinter sich habe. Um so gespannter waren die Kollegen auf den Vortrag, der auch reiflich beschriftete und reichen Beifall brachte. Unter anderem führte Dr. Wolff aus, daß für die Maschinenleser die Neutralität eine viel größere Gefahr darstelle als die Weiträumigkeit und viel weiter verbreitet sei als allgemein angenommen werde. Aber auch die Arbeiterlosigkeit dürfe vor allem von den älteren Kollegen nicht unterschätzt werden. Bei beiden Krankheiten könne durch Vorbeugung, vor allem durch Bewegung in der frischen Luft und entsprechenden Lebenswandel sehr viel gemindert werden. Bei dem Vortrag folgende reichliche Aussprache brachte so manche Anfrage und manchen Wunsch aus der täglichen Praxis der Kollegen, die durch treffliche Winke des Referenten einen guten Abschluß des Vortrages für die Kollegen brachten. — Für untre Versammlung am 14. November war ein Lichtbildervortrag über „Neuerungen an der Linotype“ angelegt. Das Referat übernahm der Vertreter der Mergenthaler Sehmashinefabrik, Herr D. Bauh (Stuttgart). Er gab zunächst eine kurze Biographie des Erfinders der Linotype, Ottmar Mergenthaler, und zeigte dann an Hand der Lichtbilder die Entwicklung und den heutigen Stand der Linotype von der aufgearbeiteten Simplex bis zu den mit allen Neuerungen ausgerüsteten neuesten Modellen. Bei dieser Gelegenheit kritisierte auch der Vorsitzende

an die leistungsfähigen Anwendungsmöglichkeiten des alten Holzschlittes für den Mehrfarbendruck. — Allgemeines Interesse dürfte die Arbeit Dr. A. Witzels über „Fortschritte der Normungsbestrebungen im graphischen Gewerbe“ finden, die über die Papierformatnormung auch zur Festlegung der Regierungsanordnungen der Schriftgießereizeugnisse, einer Scala von 13 Normfarben und zu Entwürfen zur Schnellpressennormung übergegangen ist. — Prof. L. Warting behandelt die Beziehungen der freien zur graphischen angewandten Kunst. — Dr. R. Springer stellt in Wort und Bild eine neue elektroanalytische Alkalmachine vor, die das chemische Abverfahren abzulösen beginnt. — Aber die Entwicklung der Druckfarbenfabrikation berichtet Dr. R. Krug. Jakob Herzog führt uns durch die in Zusammenarbeit mit der W. M. in Augsburg bei der Steyereimühl, Papierfabriks- und Berglagersellschaft in Wien, geschaffene neue Zeitungsgroßstereotypie, die modernste und zweckmäßigste eingestrichelte. H. Friz vertritt das amerikanische Non-Corodo-Verfahren (Handelsbezeichnung für ein neuartiges Matrizenblei), das allen Anforderungen, die bei hohen Auflagen an das Matrizenmaterial gestellt werden, gerecht werden soll. — Von zum Teil kleineren, nicht weniger interessanten Beiträgen bekannter Fachleute seien noch genannt: F. Hellmann „Widbuchdruck auf Naturpapier“; E. Herbst „Kladendruck ohne Zeichnung“; S. Eggen „Papier und Druckwirkung“. Die zweite Abteilung des inhaltreichen Werkes führt technische Neuheiten vor: Neue Schriften untrer leistungsfähigsten Gießereien in vielen Mutterstempeln und neue Geräte und Verfahren für Buchdruckereien, Neuheiten für Sehmashinenbetriebe, für die Reproduktionstechnik, für den Tief-, Offset- und Steindruck, für die Papierbearbeitung usw. Das Werk schließt mit einer gewissenhaft gearbeiteten Bibliographie des graphischen Schrifttums, einem Verzeichnis der Beilagen, einem Anzeigenteil und den Reklamebeilagen ab.

Kohlrausch die übertriebene Reklame der Mengenfabrik in verschiedenen Inseraten, in denen behauptet werde, daß mehrfach gemittelter Satz mit den neuen Modellen mit gleicher Schnelligkeit wie glatter Satz hergestellt werden könne, was aber in der Praxis niemals möglich sei. Der Vortrag mit der anschließenden Aussprache bot den Kollegen viel Wissenswertes und verdiente den Beifall der Kollegen. Anschließend gab der Vorsitzende noch interessantes Zahlenmaterial aus der aufgenommenen Statistik bekannt, aus dem hervorging, daß annähernd die Hälfte unserer Kollegen im Gau Württemberg von Kurzarbeit betroffen sind. Zum Schluß wurde den Kollegen noch eine von dem Kollegen Mühlhig (Stuttgart) konstruierte Sehmashinens-Zwecktafel gezeigt, die den Vorschriften des Gewerbeaufsichtsamtes entspricht und so beschaffen ist, daß Anfälle durch elektrischen Strom in Zukunft bei Benutzung dieser Leuchte ausgeschlossen sind.

Waldenburg (Schl.). (Graphisches Kartell.) Am 21. November fand in Wittwasser die Gründungsversammlung des Graphischen Kartells statt. Die Vorarbeiten leisteten die beteiligten Ortsgruppenvorstände in einer Sitzung am 4. Juni d. J. und wählten einen provisorischen Vorstand, der in dieser Versammlung einstimmig bekräftigt wurde. Der Vorstand setzt sich u. a. wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender: Joseph Bögnert, Verband der Lithographen und Steindruck; 2. Vorsitzender: Richard Werner, Verband der Deutschen Buchdrucker; Kassierer: Heinrich Bögnert, Graphischer Hilfsarbeiterverband. Kollege Bögnert verlas eine Geschäftsordnung für das Kartell, die ebenfalls in ihrer Fassung genehmigt wurde. Der Zweck des Zusammenschlusses ist gemeinsames Wirken in gegebenen Fällen, und des weiteren ein Wortarbeiten für einen Graphischen Industrieverband. Am Vortrag wird ein Antrag für das in Arbeit befindliche Mitglied wünschenswert erhoben. Zu dieser Versammlung hatte der Vorsitzende den Kollegen Kuffert vom Ortsausschuß Breslau als Referenten gewonnen. Er sprach über das Thema: "Wirtschaft und Betriebsräte". In seinen Ausführungen unterstrich er immer wieder die Notwendigkeit des engsten Zusammenchlusses der Arbeiterkraft. Mit sachlichen Worten vermittelte er ein Bild von der augenblicklichen Wirtschaftslage und dem schwierigen Stand der Betriebsräte zu geben. Er bezeichnete diese als die Höhenrücken der Arbeiterbewegung. Erst wenn statt dem Mitbestimmungsrecht das Bestimmungsrecht für die Betriebsräte erkannt wird, ist die Wirkungsbereich ein größerer werden. Die Ursachen der Wirtschaftskrise kennzeichnend, erklärte er den schweren Kampf der Gewerkschaften gegen deren Folgen. Gerade in der augenblicklichen Situation würde nur zu oft die Kampfweise der früher mißbrachten. Dem sehr interessanten Vortrag schloß sich eine rege, sachliche Aussprache an, die die Anerkennung des Vortragenden fand. In seinem Schlußwort gab er an Hand von Zahlen über die konjunkturellen Bewegung ein Beispiel, wie eine einzige Arbeiterkraft ein Volkswort von ungeheurer Macht sein kann. Gerade jetzt sei Einigkeit das erste Gebot, um die drohenden Feinde gegenüber zu überleben.

Deutschland den ausschließbaren Teil Jahresraten nach Ablauf des Jahres nicht zu transferieren vermag. Der Youngplan sei von der künftigen Ausdehnung des Welthandels ausgehend, innerhalb derer die Reparationszahlungen ein Faktor von abnehmender Bedeutung werden würden. Tatsächlich ist das Gegenteil eingetreten. Nicht nur ist der Umfang des Welthandels zusammengestumpft, sondern das außerordentliche Fallen des Goldpreises hat die tatsächlichen Lasten der deutschen Jahresraten um 40 Proz. erhöht. Das deutsche Problem, das in weitestem Maß die Ursache für die steigende finanzielle Lähmung der Welt ist, erscheint daher ein allgemeines Handeln, das nur von den Regierungen ausgehen kann. Anpassung aller zwischenstaatlichen Schulden (Reparationen und andre Kriegsschulden) an die gegenwärtige geritzte Lage der Welt wird als der einzige Schritt von Dauer bezeichnet, der das Vertrauen wieder herstellen kann. Bezüglich der Lage Deutschlands wird festgestellt, daß eine Preis- und Lohnsenkungspolitik verfolgt wurde, die zu schweren Folgen geführt habe. Ein Drittel des wirtschaftlichen Lebens Deutschlands hat aufgehört. Die Arbeitslosigkeit ist am 1. Dezember auf fünf Millionen gestiegen. Die Steuerlast ist so hoch, daß nach Aufhebung des Ausschusses für eine weitere Erhöhung kein Raum mehr ist. Das Gutachten des Ausschusses hat für die in Aussicht stehende Regierungskonferenz eine gute Vorarbeit geleistet. Die Regierungen brauchen sich die Schlussfolgerungen dieses Ausschusses nur zu eigen zu machen, um zu dem Standpunkt zu gelangen, daß eine endgültige Regelung der Reparationen nur durch weitgehendes Nachgeben der Schuldnerländer erfolgen kann. Wir sind überzeugt davon, daß die Konferenz der Regierungen noch allerhand Schwierigkeiten zu überwinden haben wird. Dennoch muß so bald als möglich eine Lösung gefunden werden. Nur dann ist auf eine Wiederrück der Wirtschaftskrise zu rechnen. Wird der Reparationsfrage endlich der giftige Sackel genommen, dann ist der Weg frei für eine internationale Solidarität der Völker, und nationalistische Spütertheorien verwerflicher Volksschändlichkeiten werden verschwinden.

Erklärung zur Notverordnung. Vom Wolffschen Telesgraphenbüro wurde folgende offizielle Erklärung der in der Notverordnung vom 8. Dezember geforderten Herabsetzung der tariflichen Löhne um Gehälter verbreitet: "In der Öffentlichkeit sind Zweifel an dem zwingenden Charakter der in der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 vorgeschriebenen Lohn- und Gehaltsenkung aufgetaucht. Nach der Auffassung der zuständigen Stellen, die auch in der amtlichen Verlautbarung zu der Notverordnung zum Ausdruck gekommen ist, kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die im ersten Zusammenbang mit der Senkung des gesamten Preisstandes stehende Herabsetzung der tarifvertraglichen Löhne und Gehälter ab 1. Januar 1932 Kraft Gesetzes eintritt. Die Tarifvertragsparteien haben lediglich das aus der Verordnung selbst ersichtliche Ausmaß der Kürzung in den einzelnen Tarifverträgen als dessen Bestimmung zu übernehmen, wobei sie im Rahmen der Vorschriften der Verordnung Unebenheiten beseitigen können, die sich etwa aus dem unregelmäßigen Eingriff in den Tarifvertrag ergeben. Mit Rücksicht auf die nicht geltend gemachten künftigen Preissteigerungen, gemäß der Vorschriften der Verordnung zu treffen. Nach dieser Erklärung könnte es keiner Unternehmerorganisation verwehrt werden, mit einer Gewerkschaft eine Vereinbarung zwecks Verringerung von 'Arbeitslosigkeit' zu treffen. Diese durchaus nicht neue Feststellung ist jedoch insofern praktisch bedeutungslos, als sich unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen keine einzige Unternehmergruppe zu irgendeinem Entgegenkommen bereitfinden läßt. Im Gegenteil versuchen verschiedene Unternehmer, noch durch besondere Lohn- und Gehaltskürzungen für sich Kapital aus der Notverordnung herauszuschlagen.

Umdenkungsmaßnahme der Arbeitslosigkeit. Der stellvertretende Landrat des Landkreises Weilmann bei Düsseldorf hat einen interessanten Versuch gemacht, Wohlfahrts-erwerbslose wieder in den Produktionsprozess einzuschalten. Die Unternehmer müssen sich vertraglich verpflichten, über die Zahl ihrer bisherigen Beschäftigten hinaus Wohlfahrts-erwerbslose als Kurzarbeiter einzustellen. Demgegenüber verpflichtet sich der Kreis, den betreffenden Unternehmern die Unterstützung, die die Wohlfahrts-erwerbslosen sonst erhielten, zur Verfügung zu stellen. Der Unternehmer muß sich verpflichten, die auf Grund dieser Maßnahme eingestellten Arbeitslosen mindestens 32 Stunden in der Woche zu beschäftigen. Die eingestellten Wohlfahrts-erwerbslosen erhalten durch diese Maßnahme einen Mehrerwerb von 35 M. im Monat. Allerdings werden sie nach Zwöckdiger Beschäftigung wieder bezugsberechtigt bei der Arbeitslosenversicherung. Wenn auch der Plan nicht ohne Bedenken ist, so ist er doch immerhin ein Versuch, langfristig Erwerbslose wieder zu beschäftigen.

Statistik über Nagelgewalttaten. Von der Terrorabwehrstelle der SPD ist vor kurzem in mehrmonatiger Arbeit eine Statistik fertiggestellt worden, in der (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) die in den letzten zwei Jahren von den Nationalsozialisten begangenen Terror- und Mordfälle Aufzeichnung gefunden haben. Aus der Statistik geht hervor, daß seit 1929 von Mitgliedern der NSDAP nicht geringerer Anzahl 1484 Gewalttaten verübt wurden, bei denen 62 Tote und 3200 Fälle von Schwere und Leichtverletzungen zu verzeichnen waren. Sehr genau ist die Art der Gewalttaten, soweit sie bei der verhältnismäßig geringen Strafverfolgung bekannt wurden, aufgezeichnet worden, und man kann hier — nur um einige Beispiele zu nennen — lesen, daß in 53 Fällen größtenteils kriminell Vorbestrafte die Täter waren. 59mal konnte einwandfrei eine Bewaffnung festgestellt werden, darunter 17mal der Besitz von Schusswaffen bis zum Maschinengewehr. "Aus Versehen" wurden "irrtümlicherweise" in zwölf Fällen "falsche" Personen tödlich angegriffen. 19mal wurden Kinder, 8mal Jugendliche, 3mal Frauen, darunter hochschwangere, schwer mißhandelt; desgleichen sieben Kriegsbeschädigte, sechs Kranke und sichtbar Invaliden. Die Schandung von Friedhöfen, Zerstörung von Totengedenksteinen und Hindenburg-Bildern, ausgesprochen sadistische Exzesse, und sogar in 17 Fällen der Völkung der "Jeme" gegen die eigene Partei sind nur ein kleiner Teil der Gewalttaten, die in dieser Statistik verzeichnet sind und inzwischen

weitere Fortsetzung erfahren haben. Gegenüber diesem Dokument von unsrer Zeiten Schande ist es zu begrüßen, daß die Erkenntnis im Zunehmen begriffen ist, daß Brutalität und Gewalt im politischen Leben nur einen verzweifeltsten Ausweg bilden. Schrieb doch selbst die Moskauer "Pravda" jüngst erst in einem Artikel zur Lage in Deutschland unter anderem: "Der Vorstoß des Faschismus in Deutschland läßt erkennen, daß das Bürgertum auf der Suche nach einem Ausweg aus der Krise die allergeringsten Pläne schmiedet, und das in einem Lande, das 15 Millionen Industriearbeiter zählt. Die SPD weiß, daß eine große und schwere Arbeit vor ihr liegt, nämlich die Mobilisierung der Massen und die Organisierung des Kampfes. Sie weiß, daß revolutionäre Armeen nicht fertig dastehen, sondern im Kampf erst formiert werden. Die Partei führt einen schonungslosen Kampf gegen eine halbsozialdemokratische Einstellung, welche die Situation nicht erkennt und nur zu geneigt ist, sich mit bloßen Resolutionen zu begnügen, was im gegebenen Augenblick die größte Gefahr bedeutet. Die Partei kämpft aber auch ebenso schonungslos gegen anarchoistische und terroristische Stimmungen, welche die revolutionäre Mobilisierung der Massen für wirklich erste Kämpfe nur fördern können." Danach scheint man auch in Moskau endlich einzusehen, daß durch Gewalttaten und Schreckensherrschaft nur dem Faschismus in die Hände gearbeitet wird. Hoffentlich beginnen sich die Fronten zu klären. Entscheidend im Kampf gegen den Faschismus ist keine einzelne Partei, auch die kommunistische nicht, sondern einzig und allein die Macht, die in der Gesamtheit der Arbeiterorganisationen liegt.

Reisengedächtnis beim Rundfunk. Gegnärtig macht eine der Berliner "Welt am Montag" entflammende Kritik die Runde durch die Presse, die geeignet ist, berechtigten Anzügen in dieser Notzeit zu erregen. Danach steht Deutschland nicht nur mit den Rundfunkgebühren, sondern auch mit den Gehältern der höchsten Rundfunkbeamten an der Spitze aller Länder. Die öffentliche Kritik und die Notverordnung der Reichsregierung haben zwar erreicht, daß die Gehälter am 1. Dezember weitestlich herabgesetzt wurden. Aber sie bleiben immerhin noch aufreißend hoch, wie aus folgender Übersicht hervorgeht: Die Herren Bredow, Magnus und Giesecke von der Reichsrundfunkgesellschaft erhalten je 33 981 Mark Gehalt. Dazu kommen bei Bredow 8000, bei Magnus und Giesecke je 2000 Mark Gewinnbeteiligung. Die Herren Knüpffe und Giesch von der Berliner Rundfunkstelle sowie Herrhardt vom Westdeutschen Rundfunk erhalten ebenfalls je 33 981 Mark Gehalt, allerdings ohne Gewinnbeteiligung. Die Gehälter bei den leitenden Herren der übrigen Sendegesellschaften betragen: Bodenstedt (Hamburg) 32 154 Mark, Schuböf (Deutsche Welle) 29 022 Mark, Köstl und Neubert (Leipzig) je 27 978 Mark, Braun, Bronsgeest (Berlin), Schiller (Frankfurt) und Stapelfeld (Hamburg) je 27 005 Mark, Wagner (Reichsrundfunk), Korte (Köln), Christian (Deutsche Welle) je 26 005 Mark. (Ab 1. Januar 1932 werden diese Gehälter um weitere 9 Proz. gesenkt.) Von diesen 17 Herren erhalten demnach die ersten 7 höhere Gehälter, als die Minister des Reiches, 10 höhere Gehälter als die Staatssekretäre. Da die Notverordnung zwingend vorschreibt, daß keine höheren Gehälter gezahlt werden dürfen als die des Reichsministers, so ist die Gehaltsmäßigkeit dieser Gehälter durch den Reichsminister bzw. durch den Reichsfinanzminister nicht zu verantworten. Auch wenn die Leistungen der leitenden Persönlichkeiten des Rundfunks noch so hoch eingeschätzt werden, so wird man dennoch verlangen müssen, daß bei ihrer Besoldung die Grundfälle, die für die öffentlichen-rechtlichen Körperpersonen gelten, ohne persönliche Rücksichtnahme durchgeführt werden.

Patentschau

Zusammengestellt vom Patentingenieur Gustav Weber, Hamburg, Holtenauerwall 8, welcher den Lesern unseres Blattes Auskunft und Rat in allen Angelegenheiten des gewerblichen Rechtsschutzes sowie der Bewertung von Schutztiteln bereitwillig erteilt.

- Einspruchsverfahren für die Patentanmeldungen
3. Februar 1932
- Patentanmeldungen
(veröffentlicht im "Patentblatt" vom 3. Dezember 1931):
- Nr. 15a Nr. 118 811 Vernehrhalter Sebmäßigkeitsmittel (S. m. b. H., Berlin, N. 4, Chausseestraße 25, "Matricienfabrik" und "Zellulosemaschinenfabrik").
 - Nr. 15c Nr. 33 223 Schnellpressenfabrik Pönnig & Bauer (S. m. b. H., Nürnberg, Friedrich-Wilhelm-Straße 4, "Schultheißenstraße" für hydraulische Matricienzüge und -strecken).
 - Nr. 15d Nr. 23 030 Maschinenfabrik Augsburg-Münchener (S. m. b. H., Augsburg, Als Indridmachine verwendbare Motortriebmaschinen für "Bogen".)
- Patenterklärungen:
- Nr. 15a 540 474 Interne Corporation Brookton, S. St. A., "Abgeordnete für Matricienfabrik und Zellulosemaschinen".
 - Nr. 15d 540 394 George Mann & Co., Limited, Leeds, England, "Vorrichtung zum Abstellen des Zuges an Druckmaschinen beim Rechen eines Bogens".
- Gebrauchsmuster:
- Nr. 15a 1 197 039 Ernst Blücher, M.-Gladbach, Erbenbergstraße 181, "Vorrichtung zum Zusammenpressen von Matricienplatten bei Sebmäßigkeiten".
 - Nr. 15a 1 196 537 Maschinenfabrik Johannsberg (S. m. b. H.), "Vorrichtung an Ab- und Vorrichtung zum Aufspannen von Drucktiteln auf den Formulieren von Feldmaschinen".
 - Nr. 15a 1 196 540 Carl Fr. Brauer (S. m. b. H.), Stettin, Königsstraße 20, "Selbsttätige Bogenauführung für Sebmäßigkeitsmaschinen, Notationsdruckmaschinen und dergleichen".

Versehiedene Eingänge

"Anno für Buchgewerbe und Gebrauchsgraphik" Verlag des Deutschen Buchgewerbes in Leipzig, 10. Jahrgang, 11. Heft 1931. Das hefte Heft dieser ältesten deutschen Fachzeitschrift hat folgenden vielseitigen Inhalt: "Deutsche Buchdrucker und Gebrauchsgraphiker in Selbstbeurteilungen: Rudolf Meines Sozialkritiker", "Zwanzig Jahre im Wandel der Zeit", "Interessengruppen und moderne Bekleidungsindustrie", "Gehälter und Sebmäßigkeiten", "Ein Vortrag von Heinz Sand oder Maschinenbau?", "Die Driftkraft der Gegenwart" (Schluß), "Das künstlerische Bild in Frankreich", "Unter der Lupe", "Aus der Welt des Buches und des Buchgewerbes", "Kunst und interessante Proben", Besprechungen unter den Rubriken "Buchgewerbe und Gebrauchsgraphik" sowie "Aus Zeitstrahlen des In- und Auslandes", Illustrationen und Beiträge erleben den Inhalt.

"Der graphische Betrieb", Monatschrift für Malerinnen- und Betriebswissenschaft und Berufshilfe. Herausgegeben vom Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker, 6. Jahrgang.

Allgemeine Rundschau

Warnung an Schriftgießer vor Konditionsannahme nach Jugoslawien. In einer Druckerzeitung in Belgrad, die nur Nichtorganisierte zu ganz traurigen Bedingungen beschäftigt, sollen Schriftgießermaschinen aufgestellt werden, zu deren Bedienung im Ausland Schriftgießer gesucht werden. Über die betreffende Druckerzeitung wurde vom Vorstand des Verbandes der graphischen Arbeiter Jugoslawiens (Sih Zagreb) die Sperre verhängt. Im eigenen Interesse seien deshalb alle Schriftgießerkollegen dringend vor der Annahme von Konditionsangeboten nach Jugoslawien gewarnt.

Goethe in der Buchkunst der Welt. Unter dieser Bezeichnung beschäftigt der Verein deutscher Buchhändler, zum 100. Todestage Goethes, am 22. März 1932, in Leipzig eine Buchkunstausstellung zu veranstalten. Dem Unternehmen kommt insofern größere Bedeutung zu, als neben der offiziellen Veranstalterin, dem Verein Deutscher Buchhändler, der Börsenverein der deutschen Buchhändler und der Deutsche Buchgewerbeverein ihre Mitwirkung zugesagt haben. Beide Organisationen sehen im Mittelpunkt des buchgewerblichen Lebens von Leipzig und unterhalten darüber hinaus enge Beziehungen zu der buchgewerblichen Kultur der ganzen Welt. Die Ausstellung soll die künstlerisch und technisch bemerkenswerten Ausgaben Goethescher Werke der letzten drei Jahrzehnte vorführen. Gleichzeitig sollen Illustrationen und graphische Blätter, die auf Goethe Bezug haben, gezeigt werden. Durch diesen Plan ist die Ausstellung gewissermaßen eine Ergänzung der im Jahre 1928 in Leipzig veranstalteten Internationalen Buchkunstausstellung. Zu der Ausstellung, "Goethe in der Buchkunst der Welt" sollen 100 der berühmtesten Druckerereien Deutschlands und des Auslandes aufgefordert werden, eine oder zwei Seiten Goetheschen Text in typographisch interessanter und künstlerischer Weise zu gestalten.

Professor Heyde als Mitglied von der "Sozialen Praxis". Der bisherige Mitverleger der "Sozialen Praxis", der bekannte Sozialpolitiker Professor Dr. Ludwig Heyde, tritt von dem Unternehmen zurück. Wie im Heft 5/23 mitgeteilt wurde, beschäftigt Professor Heyde, sich seiner wissenschaftlichen und Lehrtätigkeit zukünftig stärker zu widmen. Bereits Anfang des Jahres 1931 hat er sich von der Leitung des Büros für Sozialpolitik und des Generalsekretariats der Gesellschaft für Soziale Reform zurückgezogen. Mit Professor Heyde tritt ein erfrischer Förderer aller sozialpolitischen Bestrebungen von seiner Jahrzehntlang ausgeübten aktiven Tätigkeit zurück. Im Jahre 1910 wurde er Mitarbeiter von Professor Dr. Ernst Franke, des durch die Schule Lupo Brentanos gegangenen Begründers der "Sozialen Praxis".

Zum Ergebnis der Baseler Verhandlungen. Nach langen Beratungen hat der Sonderausschuß der Bank für internationale Zahlungsausgleich, der die Zahlungsfähigkeit Deutschlands prüfen sollte, seine Verhandlungen beendet. Der Ausschussbericht ist eine gründliche Untersuchung der gegenwärtigen internationalen Verhältnisse und der Lage Deutschlands insbesondere. Der Ausschuss stellt fest, daß

